

**GESCHÄFTSSTELLE / SEGRETERIA**

Amt der Tiroler Landesregierung

Landhaus

A-6020 Innsbruck

Telefon: +43 512 5082340

Telefax: +43 512 5082345

E-mail: [info@argealp.org](mailto:info@argealp.org)

Internet: [www.argealp.org](http://www.argealp.org)

**40. Konferenz  
der Regierungschefs der  
Arbeitsgemeinschaft Alpenländer  
am 19. Juni 2009  
in Flims**

**Ergebnisprotokoll**

**Ergebnisprotokoll**

**Ergebnisprotokoll**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER**

Freistaat Bayern, Autonome Provinz Bozen-Südtirol, Kanton Graubünden, Region Lombardei,  
Land Salzburg, Kanton St. Gallen, Kanton Tessin, Land Tirol, Autonome Provinz Trient,  
Land Vorarlberg

**COMUNITÀ DI LAVORO REGIONI ALPINE**

Stato Libero di Baviera, Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige, Cantone die Grigioni,  
Regione Lombardia, Land Salisburgo, Cantone di San Gallo, Cantone Ticino, Land Tirol,  
Provincia Autonoma di Trento, Land Vorarlberg

## **1. Begrüßung und Annahme der Tagesordnung**

Regierungsrat Schmid eröffnet die Sitzung und heißt alle TeilnehmerInnen (Beilage A) der diesjährigen Regierungschefkonferenz in Flims herzlich willkommen. Die Tagesordnung wird angenommen.

## **2. Genehmigung des Protokolls der 39. Regierungschefkonferenz**

Das Protokoll der Regierungschefkonferenz vom 20.06.2008 in Prien am Chiemsee wird einstimmig genehmigt.

## **3. Politische Schwerpunktthemen**

### **3.1. Nachhaltige Energiepolitik im Alpenraum (Beilage B)**

Für **Regierungsrat Schmid** zeigt die vom Vorsitz Graubünden in Auftrag gegebene Vergleichsstudie „Nutzung erneuerbarer Energien und natürlicher Ressourcen in den Alpenländern“, dass das größte Potential – neben der Energieholznutzung und Sonnenenergie – in der Wasserkraft liegt und der Alpenraum so wesentlich zu einer klimafreundlichen Energieversorgung beitragen kann. Der Energiebedarf pro Kopf hängt neben der Meereshöhe wesentlich davon ab, ob ein Mitgliedsland durch einen starken Dienstleistungs- oder Tourismussektor geprägt ist und wie die Sachgütererzeugung und Energiebedarfsreduzierungsmaßnahmen ausgeführt werden. Die Untersuchung zeigt ferner, dass bereits effektive Maßnahmen in den Mitgliedsländern bzw. auf nationaler Ebene bestehen. Es wird empfohlen, keine neuen Förderprogramme zu schaffen, sondern Lücken zu schließen und sich auf bestehende Projekte zu konzentrieren, um deren Qualität und Wirksamkeit zu verbessern.

Weiters stellt **Regierungsrat Schmid** den Resolutionsentwurf zur Energiepolitik vor und weist auf die Notwendigkeit der Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien, der Steigerung der Energieeffizienz und der Sicherstellung der Energieversorgung hin. Besondere Bedeutung kommt hierbei – aufgrund ihrer Verfügbarkeit – der Wasserkraft zu, die in ihrer Effizienz durch einen ökologisch und ökonomisch verträglichen Ausbau gesteigert werden soll. Im Bereich Mobilität ist eine Lösung insbesondere durch Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene anzustreben. Die Verbesserung der Energieeffizienz, die Schließung der Lücken und die Sicherstellung eines umfangreichen Informationsnetzes sind weitere wichtige Punkte.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Steixner** unterstützt die Resolution zur Energiepolitik. Tirol wird sich für den Ausbau der Wasserkraft einsetzen, wo dies ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, und dies auch gegenüber der EU einfordern. Dieser Ausbau der Wasserkraft wird allerdings durch die Wasserrahmenrichtlinie der EU erschwert.

**Landeshauptmann Durnwalder** führt aus, dass bei dieser Regierungschefkonferenz aufgezeigt werden kann, welche Maßnahmen die Mitgliedsländer bereits umgesetzt haben und welche Möglichkeiten daraus resultieren. Großes Einsparungspotential besteht in den Bereichen Lebensweise und Verkehr. Anzustreben ist insbesondere die Ermöglichung des grenzüberschreitenden Austausches von Strom zum Ausgleich von Engpässen und zur Reduktion von Kosten.

**Ministerialdirigent Vogl** schließt sich den Ausführungen von Steixner und Durnwalder an. Er sieht in der Resolution zur Energiepolitik einen guten Leitfadens und weist auf die

Notwendigkeit der Lösung der Transitfrage hin. Die Änderungsanträge Bayerns betreffen eine zusätzliche Maßnahme bzw. Forderung an die EU und die Nationalstaaten zum Thema lokale Biomasse und eine Umformulierung des Bereichs Mobilität.

**Landeshauptmann Sausgruber** unterstützt die Resolution zur Energiepolitik. Bei der Nutzung erneuerbarer Energien werde noch eine Steigerung von 20 – 30 % möglich sein, darüber hinaus werden die Entfernungen zu groß. Bei der Sanierung von Gebäuden ist das Potenzial größer als beim Gebäudeneubau. Gefördert werden könne durch die Gewährung zinsloser Darlehen für 20 Jahre oder durch den Wegfall von Einkommensgrenzen. Weiters startete Vorarlberg dieses Jahr ein Projekt mit 100 Elektrofahrzeugen. Im Jahr 2010 sind 800 bis 900 derartige Fahrzeuge vorgesehen.

**Vizegeneralsekretärin Imhof** weist darauf hin, dass bezüglich dieser Energieresolution einige Anknüpfungspunkte zur Alpenkonvention, insbesondere mit dem Energieprotokoll, bestehen. Weiters erläutert sie die Ergebnisse des Alpenzustandsberichts „Wasserhaushalt und Gewässerbewirtschaftung“.

**Regierungsrat Schmid** leitet auf die Besprechung der Resolution und die Diskussion der Änderungsanträge über.

**Ministerialdirigent Vogl** weist bei Punkt 2. auf die Notwendigkeit der Verbindung zur Landwirtschaft hin. Er schlägt daher vor, an die Wortfolge „Die Energiewirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsmotor des Alpenraumes.“, den Satz „Für die landwirtschaftlichen Betriebe stellt sie ein wichtiges Zukunftsfeld dar.“ anzufügen.

**Regierungsrat Haag** betont die Wichtigkeit der Resolution als Grundlagenpapier. Um die gemeinsamen Anliegen – nutzen, erhalten, schützen – wahrzunehmen, ist gegenseitige Rücksichtnahme erforderlich. Die Zielformulierung betreffend „Wasserkraft“ ist dahingehend zu ergänzen.

**Landesamtsdirektor Marckhgott** betont das Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie insbesondere bei Kleinkraftwerken und spricht sich für eine deutliche Darstellung der besonderen ökologischen Sensibilität des Alpenraumes aus.

**Presidente Gendotti** unterstreicht die Wichtigkeit des Zieles der Reduktion des Energieverbrauches. In unterschiedlichen Konjunkturpaketen wurden bereits weitere Anreize dazu geschaffen. Es fehlen jedoch oft Fachleute, die zur schnellen Umsetzung benötigt werden. Er erklärt sich mit dem Text der Resolution einverstanden, die Notwendigkeit der Schaffung von Ausbildungsgängen und Berufsbildern soll allerdings hervorgehoben werden. Die Schaffung weiterer Institutionen in der Forschung soll in die Resolution aufgenommen werden.

**Vizegeneralsekretärin Imhof** referiert Änderungsvorschläge, die betreffend Rahmenbedingungen, Tourismus und Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs Ergänzungen zu Punkt 3. und 5. der Resolution vorsehen.

**Ministerialdirigent Vogl** führt zur „Mobilität“ an, dass die Versteigerung von Transitrechten mit geltendem EU-Recht nicht vereinbar sei. Eine derartige Regelung sei ökonomisch nicht sinnvoll, diskriminierend und kostenintensiv. Bayern fordert daher „marktkonforme und diskriminierungsfreie Regelungen“ und deren „Harmonisierung, um Umwegverkehr zu vermeiden.“

**Landeshauptmann Durnwalder** erklärt sich mit dieser Formulierung einverstanden.

**Landesamtsdirektor Marckhgott** stimmt Durnwalder zu. Der Ausdruck „Begrenzung“ oder zumindest ein konkreter Hinweis auf die Förderung der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene sollte aufgenommen werden.

**Ministerialdirigent Vogl** findet die Begrifflichkeit „Begrenzung“ problematisch und kann dieser nicht zustimmen.

**Regierungsrat Schmid** schlägt vor, den Änderungsantrag von Bayern zusätzlich zu einem klaren Bekenntnis der Verlagerung aufzunehmen.

**Präsident Dellai** scheint die Verwendung des Begriffes „Begrenzung“ in der freien Marktwirtschaft nicht sinnvoll und schließt sich der Meinung von Bayern an. Ziel muss die Lösung des Transitproblems sein und nicht die Verschiebung auf andere Routen.

Die Resolution wird unter Berücksichtigung aller Änderungen einstimmig angenommen.

### **3.2. Informationsgesellschaft und Infrastrukturpolitik (Beilage C)**

**Regierungsrat Schmid** leitet über zur Präsentation von Reto Gurtner, Präsident der Weisse Arena Gruppe. Dieses Unternehmen gilt als gutes Praxisbeispiel für die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie insbesondere in der touristischen Entwicklung.

**Regierungsrat Schmid** stellt anschließend den Resolutionsentwurf unter Hinweis auf die vorliegenden Änderungsanträge zur Diskussion. In Tirol sind die Bildungseinrichtungen unterschiedlich gegliedert, weshalb beantragt wird, den Begriff „Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf Hochschulebene“ zu verwenden. Bayern ist dagegen, den Aufbau einer grenzüberschreitenden Förderagentur zu prüfen.

Die Resolution wird unter Berücksichtigung der Änderungen einstimmig angenommen.

### **3.3 Großraubtiere in den Alpen**

**Regierungsrat Schmid** führt aus, dass Graubünden zu diesem komplexen Thema ein Projekt ins Leben gerufen hat. Die Ergebnisse des ersten Workshops vom 04./05. Juni 2009 in Zernez werden von Dr. Georg Brosi präsentiert. Brosi sieht zwei große Herausforderungen, einerseits das hochemotionale Verhalten der Bevölkerung, andererseits das gewaltige Medieninteresse. Angesichts der Lebensräume der Großraubtiere – Wolf, Luchs, Bär – ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit unbedingt erforderlich. Neben der Typisierung des Bären und einem Maßnahmenkatalog bei Problembären wurde die Vorgehensweisen Schwedens und Norwegens vorgestellt.

**Landeshauptmann Durnwalder** weist darauf hin, dass nicht der finanzielle Ausgleich das Problem ist, sondern die Zuneigung der Bauern zu ihren gerissenen Tieren und die Angst der Bevölkerung. Erforderlich ist ein gemeinsames Programm für den Alpenraum zur Vorgehensweise bei Problembären. Das Projekt und die Bemühungen seien weiterzuführen, um den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten zu können.

**Presidente Dellai** betont die direkte Betroffenheit Trients aufgrund des Projektes „Life ursus“, welches der Wiederansiedelung von Bären dient. Er stimmt den bisherigen Ausführungen zu und betont den grenzüberschreitenden Charakter des Problems. Die weitere Zusammenarbeit der Fachleute bei Überwachung, Forschung und Austausch von Informationen ist dringend erforderlich. Es werden jedoch Mittel benötigt, um dieses Projekt zu managen. Dieses Thema ist weiterzuverfolgen, damit die Bevölkerung Sicherheit erhält über schnelle Maßnahmen, die die Länder ergreifen können.

**Regierungsrat Schmid** sieht darin ein wichtiges grenzüberschreitendes Projekt. Er fordert ein Maßnahmenkonzept für Problembären, damit die Behörden ihre Führungsaufgaben wahrnehmen können.

### **3.4. Europapolitik: Aktuelle Themen**

**Vizegeneralsekretärin Imhof** erläutert die Ergebnisse der X. Alpenkonferenz am 12. März 2009 in Evian, Frankreich. Angenommen wurden ein Aktionsplan zum Klimawandel in den Alpen und der Alpenzustandsbericht „Wasserhaushalt und Gewässerbewirtschaftung“. Weiters wurden drei neue Plattformen – „Großraubtiere und wilde Huftiere“, „Wasserwirtschaft im Alpenraum“ und „Demografischer Wandel“ - geschaffen. Es bestehe der ausdrückliche Wunsch, dass sich auch die Arge Alp und deren Mitgliedsländer in den Plattformen engagieren.

**Dr. Mayrhofer**, Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention, berichtet von der Konferenz der Regionen der Alpenkonvention von 12. - 13. Februar 2009 in Chambéry, Frankreich, zum Thema Verkehr, mit besonderem Fokus auf Intermodalität. In der Schlusserklärung wurde der Wunsch geäußert, alle zwei Jahre eine derartige interregionale Plattform zu gestalten und auch die Arge Alp einzubinden. Diese Initiative wird vom Ständigen Sekretariat begrüßt, denn die regionale Ebene ist für die Umsetzung entscheidend. Die Ergebnisse sind in einer Erklärung der Beobachterorganisationen der Alpenkonvention festgehalten worden, welcher die Arge Alp beigetreten ist.

## **4. Projekte**

Detaillierte Informationen zur Projektarbeit der Arge Alp sind auf der Homepage der Arge Alp - [www.argealp.org](http://www.argealp.org) - zu finden.

### **4.1 Kenntnisnahme der Berichte über laufende und abgeschlossene Projekte**

Prof. Dr. Scheutz trägt den Abschlussbericht zum Projekt „Deutsche Dialekte im Alpenraum“ vor. Mit Hilfe eines Fragenbuches wurden 100 Hörbeispiele aufgenommen, welche in Registerkarten – Vokale, Konsonanten, Wortformen, Wortschatz, Syntax – unterteilt wurden. Durch Anklicken der Pfeile (blau 20 – 40 Jahre, grün ab 60 Jahre) in der einzelnen Region kann die entsprechende Aussprache im Internet auf der Arge Alp-Homepage abgespielt werden.

Der Bericht wird einstimmig angenommen und dem Projektleiter zum Erfolg dieses Projekts gratuliert.

Die weiteren Berichte über die abgeschlossenen Projekte – „Junior Akademie“, „Bewegung in der Aufnahmegesellschaft“, „Energiepolitik“ – werden mit Dank an die Projektleiter zur Kenntnis genommen.

Sodann werden die Berichte über die laufenden Projekte – „Arge Alp Sport“, „x-change“, „Geodatenverbund“, „Großraubtiere“, „Die besten Fünf“ - zur Kenntnis genommen.

#### **4.2 Genehmigung neuer Projekte**

Die Durchführung der neuen Projekte „Digitale Unterlagen in den Archiven des Alpenraums“, „Alp House“, „Europäische Talentakademie Lindau“, „Ökologie und Ökonomie im Schutzwald“, „Sprachlernaustausch für Schüler der sekundären Oberstufe“, „Jugendprojekt Respekt, Vertrauen und Zuversicht“, „Alternative Treibstoffe im Alpenraum“, „Die Erschließung ländlicher Siedlungsbereiche im Alpenraum“, „Neurorehabilitation“, „Brain Drain in den Arge Alp Ländern“ sowie „Arbeit und Wirtschaft mit Zugewanderten im Alpenraum“ wird einstimmig genehmigt.

#### **5. Finanzsituation:**

Der Bericht über den Rückblick 2008 und die Finanzsituation 2009 wird einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Finanzvorschau 2010 in der Höhe von 500.000 € wird einstimmig beschlossen.

#### **6. Übergabe des Vorsitzes an die Autonomie Provinz Bozen-Südtirol**

**Regierungsrat Schmid** dankt für die Unterstützung aller Mitglieder während seiner Amtsperiode und wünscht Landeshauptmann Durnwalder alles Gute.

**Landeshauptmann Durnwalder** dankt Regierungsrat Schmid für die intensive Arbeit des Vorsitzes Graubünden. Er weist auf die Bedeutung der Arge Alp insbesondere in Hinblick auf den Erfahrungsaustausch, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die gemeinsame Vertretung von Interessen gegenüber den Zentralregierungen und der EU hin. Die Arge Alp muss das Wohlergehen ihrer Bevölkerung gewährleisten. Die Arge Alp wird sich unter dem Vorsitz von Südtirol vertieft mit den Themen Ratifizierung der Madrider Konvention des Europarates über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Einschränkung des Transitverkehrs und dessen Verlagerung auf die Schiene, Weltwirtschaftskrise sowie mit den Bereichen Umwelt, Energie und kulturelle Identität auseinandersetzen.

#### **7. Arge Alp Preis 2009**

Im Anschluss an die Regierungschefkonferenz fand die **Verleihung des Arge Alp-Preises 2009 „Sound“** statt. Der Musikwettbewerb war im vergangenen Dezember ausgeschrieben worden. Es wurden die besten musikalischen Beiträge gesucht, die sich kreativ mit dem Thema Alpen befassen. Von den 112 eingereichten Beiträgen wurden 38 Finalisten ausgewählt. Eine internationale Jury ermittelte daraus die Gewinner.

Die Siegerprojekte:

##### **1. Platz:**

7.000 € sowie ein Auftritt am Fest zur Festspieleröffnung in Salzburg gehen an den Musiker Flo Zilla aus Graubünden für seinen Song „Mountain Lake“.

##### **2. Preis:**

Den mit 5.000 € dotierten zweiten Rang belegt die Band „The Real McCoy“ aus Bayern mit dem Lied „Style bergauf“.

**3. Preis:**

Der dritte Rang und 3.000 € an Preisgeld geht an die sechsköpfige „Theresia Natter Combo“ aus Vorarlberg mit ihrem Titel „Schö“.

**Jugendpreis:**

Den Jugendpreis in der Höhe von 1.000 € gewinnt der 16-jährige Hackbrettspieler Christoph Pfändler aus dem Kanton St. Gallen mit seinem Beitrag „Schwertfuchteling at the Säntis“.



## 40. Regierungschefkonferenz der Arge Alp / 40a seduta della Conferenza dei Capi di Governo di Arge Alp

### Teilnehmer / Partecipanti

<b>Bayern</b>	
Dr. Jörg Vogel	Ministerialdirigent
Michael Hinterdobler	Ministerialrat
<b>Graubünden</b>	
Dr. Martin Schmid	Regierungsrat
Dr. Claudio Riesen	Kanzleidirektor
Florian Jörg	Informationsbeauftragter
Bianca Battaglia	Beauftragte Aussenbeziehungen
<b>Salzburg</b>	
Hofrat Dr. Heinrich Christian Marckhgott	Landesamtsdirektor
Petra Margon	Landesamtsdirektion
<b>St. Gallen</b>	
Willi Haag	Regierungsrat
Canisius Braun	Staatssekretär
Rolf Vorburger	Leiter der Koordinationsstelle für Außenbeziehungen
<b>Südtirol</b>	
Dr. Luis Durnwalder	Landeshauptmann
Dr. Klaus Luther	Kabinettschef
Lidia Canins	Persönliche Referentin
Paolo Ferrari	Direktor des Landespresseamts
<b>Ticino</b>	
Gabriele Gendotti	Presidente del Consiglio di Stato
Giampiero Gianella	Cancelliere dello Stato
Rossana Massera	Segretaria della cooperazione transfrontaliera
Carmelo Mazza	Cancelleria dello Stato
<b>Tirol</b>	
Anton Steixner	Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Andreas Greiter	Abteilung Aussenbeziehungen
Manuela Habicher	Abteilung Aussenbeziehungen
<b>Trento</b>	
Dr. Lorenzo Dellai	Presidente
Dr. Andrea Segatta	Dipartimento affari e relazioni istituzionali
Maura Tenaglia	Segretaria generale
Lorenzo Rotondi	Ufficio Stampa

<b>Vorarlberg</b>	
Dr. Herbert Sausgruber	Landeshauptmann
Dr. Johannes Müller	Landesamtsdirektor
Herbert Vith	Abteilung Europaangelegenheiten und Aussenbeziehungen
<b>Gäste / Ospiti</b>	
Regula Imhof	Vizegeneralsekretärin der Alpenkonvention
Dr. Wolfger Mayrhofer	Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention
Prof. Dr. Hannes Scheutz	Universität Salzburg
Reto Gurtner	Präsident Weiße Arena Gruppe
Dr. Georg Brosi	Leiter Amt für Jagd und Fischerei Graubünden
Prof. Dr. Ursula Gross-Dinter	Übersetzung /Traduzione
Dr. Antonella Mariotti	Übersetzung /Traduzione



ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER  
COMUNITÀ DI LAVORO REGIONI ALPINE

---

## Resolution der Mitgliedsländer der Arge Alp zur Energiepolitik

verabschiedet von der 40. Regierungschefkonferenz der Arge Alp  
am 19. Juni 2009 in Flims

---

### 1. Ausgangslage

Zentrale Themen der Energiepolitik sind die Klimaproblematik und die drohende Energielücke. Die Klimaänderung hat sich in den letzten 50 Jahren zunehmend beschleunigt. Zurückzuführen ist sie grösstenteils auf die vom Menschen verursachte Erhöhung der Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre. Der überwiegende Teil der Treibhausgas-Emissionen wird von der Nutzung fossiler Energieträger verursacht. Drohende Kapazitätsengpässe ergeben sich aufgrund des Nachfragewachstums bei gleichzeitiger Verknappung der Ressourcen. Ein wichtiger Pfeiler zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen und zur Bekämpfung der drohenden Energielücke ist eine auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgerichtete Energiepolitik.

### 2. Bedeutung der Energie für den Alpenraum

Energie ist für den Alpenraum in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung:

- Der Alpenraum als hochsensibles Ökosystem ist von der Klimaänderung überdurchschnittlich stark betroffen.
- Der Alpenraum trägt mit seinen reichlich vorhandenen Zukunftsressourcen wesentlich zu einer klimafreundlichen Energieversorgung bei.
- Die Energiewirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsmotor des Alpenraums. Für die landwirtschaftlichen Betriebe stellt sie ein wichtiges Zukunftsfeld dar.
- Die Zusammenhänge zwischen der umweltfreundlichen Energiegewinnung auf der einen Seite und der Biodiversität sowie dem Natur- und Landschaftsschutz auf der anderen Seite sind komplex.

### 3. Rahmenbedingungen: International, EU und Schweiz

#### *International*

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen setzt sich zum Ziel, die Konzentration der Treibhausgas-Emissionen auf einem Niveau zu stabilisieren, das eine Störung des Klimas verhindert. Die Kyoto-Protokolle, die 2012 auslaufen, verpflichten die Industrieländer rechtsverbindlich zur Reduktion ihrer Treibhausgase. Zurzeit laufen Verhandlungen zur Post-Kyoto-Periode, bei der insbesondere bisher nicht eingebundene Länder wie China, Indien und die USA mit Reduktionsverpflichtungen ins Boot geholt werden sollen. Geplant ist, 2009 ein neues Klimaabkommen zu vereinbaren, das als langfristiges Ziel eine globale Emissionsminderung von mindestens 50% bis 2050 (gegenüber 1990) und für die Industrieländer Minderungsziele zwischen 25-40% bis 2020 (gegenüber 1990) vorsieht.

#### *EU*

Die Energiepolitik der EU zielt auf die Gewährleistung eines funktionierenden Energiebinnenmarktes, die Sicherung der Energieversorgung und den Schutz des Klimas.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten verfolgen das Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf weniger als 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Die Treibhausgas-Emissionen sollen bis 2020 gegenüber 1990 um 20%, bzw. um 30% im Rahmen eines globalen Abkommens, reduziert werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll gegenüber 1990 auf einen Anteil von 20% am Endenergieverbrauch der EU erhöht und es soll eine Effizienzsteigerung um 20% bis 2020 erreicht werden. Hierzu entwickelte die EU eine Roadmap zur Förderung erneuerbarer Energien und einen Aktionsplan für Energieeffizienz. Zudem legt das 2005 lancierte Europäische Emissionshandelssystem (EU Emissions Trading Scheme ETS) eine Obergrenze für die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Stromsektor und in der Industrie fest.

#### *Schweiz*

Die Energiepolitik der Schweiz stützt sich auf vier Säulen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und Energieaussenpolitik. Ziele sind die Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 20% bis 2020 (gegenüber 1990) und um 50% bis 2050 (gegenüber 1990). Der Verbrauchsanteil an fossiler Energie soll bis 2020 um 20% gegenüber 1990 reduziert und der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 um 50% von derzeit 16% auf 24% gesteigert werden. Weiteres Ziel ist ein Anstieg des Stromverbrauchs um maximal 5%. Mit der beabsichtigten Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes werden die nationalen Post-Kyoto Ziele für die Periode nach 2012 festgelegt und mit der CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe sowie der Beteiligung am europäischen Emissionshandelssystem (ETS) erhalten CO<sub>2</sub>-Emissionenrechte einen Preis. Mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) werden seit 2008 neue Wege zur Förderung erneuerbarer Energien begangen. Zudem werden laufend verschärfte energetische Anforderungen an Gebäude und Produkte gestellt.

#### *Alpenraum*

Die Alpenkonvention sieht in ihrem Energieprotokoll Vorgaben für die Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger und die Optimierung bestehender Anlagen zur Energieerzeugung aus nicht erneuerbaren Energieträgern vor. Ausserdem hat die Ministerkonferenz der Alpenkonvention eine Deklaration zum Klimawandel in den Alpen verabschiedet, der durch einen Aktionsplan mit konkreten Massnahmen zur Milderung des Klimawandels und zur Anpassung an dessen Auswirkungen konkretisiert wird.

## 4. Erkenntnisse für die Energiepolitik im Alpenraum

### Übergeordnete Ziele der Energiepolitik im Alpenraum

- |   |  |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• Versorgungssicherheit</li> <li>• Klimaschutz</li> <li>• Umweltverträglichkeit</li> <li>• Wirtschaftlichkeit</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verringerung der Importabhängigkeit</li> <li>• Nutzung erneuerbarer Ressourcen in der Region</li> <li>• Ausschöpfung der Potenziale der Energie- und Materialeffizienz</li> </ul> |
|---|--|

- Der Alpenraum ist zur Erhaltung und Förderung der Standort- und Lebensqualität in besonderem Masse auf eine sichere, erschwingliche und qualitativ hoch stehende Versorgung mit Energie angewiesen.
- Der Alpenraum ist wegen des grossen Einflusses des Klimas auf die Lebensbedingungen im Gebirge, seines hochsensiblen Ökosystems und der über dem globalen Schnitt liegenden Temperatursteigerung überdurchschnittlich stark von den wachsenden

natürlichen Gefahren sowie den wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der klimatischen Veränderungen betroffen. Nebst den negativen Auswirkungen der Klimaänderung für die natürliche Umwelt sind der Wintertourismus, der Energie- und der Gesundheitssektor die verwundbarsten Bereiche.

- Im Alpenraum bestehen besondere Chancen, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und gleichzeitig die Wertschöpfung in der Region zu steigern. Zugleich kommt dem Landschafts- und Naturschutz im hochsensiblen Alpenraum grosse Bedeutung zu. Indem sich der Alpenraum in einem Spannungsfeld verschiedener Interessen wie Ökonomie, Klima- und Umweltschutz bewegt, befindet er sich auf einer Gratwanderung zwischen Nutzen und Schützen.
- Als Standort für die Nutzung erneuerbarer Energien wie Wasser, Holz, Biomasse, Sonne und Wind ist der Alpenraum von grosser Bedeutung. Dabei kommt der Wasserkraft eine überdurchschnittliche Priorität in der Strategie der erneuerbaren Energie zu. Die Nutzung der Wasserkraft ist technisch ausgereift. Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke tragen zur ausreichenden Verfügbarkeit von Leistung bei, indem sie eine schnell zuschaltbare Produktion garantieren für die Netzregelung und die Deckung des Spitzenbedarfs, insbesondere auch im Umfeld des vermehrten Einsatzes von anderen erneuerbaren Energiequellen. Die gute Regulierbarkeit bei Speicher- und Pumpspeicherkraftwerken ist ein wichtiger Standortvorteil der Energiewirtschaft im Alpenraum.
- Eine der wichtigsten energiepolitischen Handlungsfelder im Alpenraum ist die Energieeffizienz im öffentlichen und privaten Bereich. Besonders im Gebäudebestand lassen sich umfangreiche Einsparpotenziale erschliessen. Zudem gilt es, die Prozesse in der Industrie energieeffizient zu gestalten.
- Ein weiteres zentrales Handlungsfeld im Alpenraum ist der Verkehr: Hier geht es einerseits um den Übergang zu einer nachhaltigen Mobilität in den Regionen, und andererseits um die deutliche Reduktion der Umweltauswirkungen des Transitverkehrs.

## 5. Empfehlungen an die Mitgliedsländer der Arge Alp

Die Arge Alp empfiehlt den Mitgliedsländern, die langfristigen Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft<sup>1</sup> zu übernehmen und folgende Ziele anzustreben sowie nachfolgende Massnahmen in den wichtigsten energiepolitischen Handlungsfeldern durchzuführen:

### a) Wasserkraft

#### **Ziel**

Die Wasserkraft ist als weitaus wichtigste erneuerbare Energie in ihrer Effizienz zu fördern und auszubauen, wo dies ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist. Das Potenzial der Wasserkraft ist bei Neu-, Um- und Ausbauten nachhaltig zu nutzen. Dabei sind die gegenseitigen Interessen der Ober- und Unterlieger angemessen zu berücksichtigen.

#### **Massnahmen**

- Wasserkraft nachhaltig und koordiniert fördern und bewirtschaften.
- Bestehende Aus-, Um- und Neubaupotenziale sowie Relevanz der bestehenden Hemmnisse identifizieren und einschätzen.
- Bewilligungs- und Konzessionsverfahren beschleunigen und konsequent umsetzen. Möglichkeiten für Zusammenlegung von verschiedenen Verfahrensstufen ausschöpfen.
- Mit kurzer Dauer der Bewilligungs- und Konzessionsverfahren die Investitionssicherheit erhöhen.

<sup>1</sup> Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein von der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich entwickeltes Konzept zum nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Sie setzt sich zum Ziel, dass jeder Erdenbürger nicht mehr als 2000 Watt Dauerleistung an Energie benötigt. Damit werden langfristig das Klima geschützt und die natürlichen Ressourcen nicht übermüdet. Das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet eine Reduktion des heutigen Energiebedarfs in den Westeuropäischen Ländern um den Faktor 3, die Reduktion der fossilen Energieträger um 50% bis 2050 und die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um Faktor 7-8. Ziele sind 3500 Watt Dauerleistung bis 2050 sowie 2'000 Watt Dauerleistung pro Person bis ca. 2100, wobei davon noch 500 Watt aus fossilen Energieträgern stammen sollen.

- Mit einer flexiblen finanziellen Belastung der Wasserkraft Anreize für die Realisierung von Neu-, Aus- und Umbauten schaffen.
- Möglichkeiten für Umwälzbetriebe in bestehenden Dispositiven ausbauen und die Produktion stärker auf Spitzen- und Regelenergie ausrichten.
- Umweltvorschriften konkretisieren, optimieren und differenzieren, so dass mit wenig Verwaltungsaufwand massgeschneiderte Lösungen für das einzelne Wasserkraftwerk möglich sind.
- Mit geeigneten Massnahmen Wasserspiegelschwankungen verbessern.
- Pumpspeicherkraftwerke nach Möglichkeit fördern und dadurch ökologische Verbesserungen anstreben.
- Förderung der Kleinwasserkraft durch Informationen über die Möglichkeiten und durch Bezeichnung geeigneter Standorte, die der besonderen ökologischen Sensibilität des Alpenraums Rechnung tragen.
- Vermarktung der Wasserkraft durch international anerkannte Zertifizierungen, Labels und Marketingmassnahmen.
- Mit Informationskampagnen der Bevölkerung die Vorteile und die Notwendigkeit der Wasserkraftnutzung bewusst machen.
- Massnahmen einer Wirkungsanalyse unterziehen.

#### b) Energieholz und andere Formen der lokalen Biomassenutzung

##### *Ziel*

Förderung und Koordination einer energetischen Nutzung von Biomasse unter Berücksichtigung von kurzen Wegstrecken.

##### *Massnahmen*

- Regionale Biomassekonzepte: Regionale Organisation der Ernte, Sammlung, Lagerung und des Transports von Energieholz, Bio-Abfällen und nachwachsenden Rohstoffen. Erhebung der vorhandenen Biomasse mittels geografischer Informations-Systeme und Erhebung der Kaskade der Nutzungs- und Verwertungsart (stoffliche Verwendung als Baumaterial, stoffliche Verwertung als Dünger, energetische Verwertung für die Strom und Wärmeproduktion) sowie Erhärtung der Abschätzung ungenutzter Potenziale. Optimierung des Aufbaus von neuen Verwertungsstätten sowie Untersuchung der Wertschöpfungskette und Logistik bzw. Optimierung derselben.
- Überregionale Ebene: Durch Koordination die Angebots- und Nachfrageseite optimieren sowie Arbeitsplätze vor Ort erhalten und schaffen (optimale Nutzung der Potenziale und Vermeidung überdimensionierter Anlagen, Einbezug von Gewerbebetrieben).
- Energetisch effizientere Nutzung (Strom und Wärme) von Biomasse, die heute in die Kehrlichtverbrennungsanlage oder Kompostierung gelangt unter Berücksichtigung der jeweils besseren Ökobilanz.
- Stärkung der Forschung und Entwicklung im Bereich der Biomassetechnologien und deren energetischen Anwendungen.
- Information und Beratung potenzieller Interessenten und Nutzer.
- Massnahmen einer Wirkungsanalyse unterziehen.

#### c) Gebäude

##### *Ziel*

Reduktion des Verbrauchs fossiler Energien bei Neubauten und bei Sanierungen von Gebäuden und Heizungsanlagen.

##### *Massnahmen*

- Den Gebäudepark der öffentlichen Hand energetisch optimal gestalten unter Einhaltung von strengen Mindestanforderungen.
- Mindeststandards für private Neubauten und Sanierungen bezüglich Energieeffizienz definieren.

- Deckung des verbleibenden Energiebedarfs mittels Nutzung von Abwärme, Umweltwärme, (Wärmepumpen) und erneuerbarer Energien.
- Schaffung von finanziellen Anreizen zur Umrüstung von Anlagen für Heizungs- und Warmwasseraufbereitung auf erneuerbare Energien (thermische Sonnenenergie, Holzpellets und Wärmepumpen).
- Bei Neubauten Pflicht zur teilweisen Nutzung von erneuerbaren Energien.
- Gezielte steuerliche Anreize zugunsten energieeffizienter Gebäudesanierungen schaffen.
- Einführung von Gebäudeenergieausweisen für alle Wohn- und Dienstleistungsliegenschaften.
- Gemeinden und Städte zur Einführung von Energieplanungs- und Energieberatungsstellen ermuntern.
- Abbau von rechtlichen Hemmnissen im Sanierungsbereich.
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit wichtigen Verbänden und Organisationen.
- Marketingmassnahmen für energieeffizientes Bauen und Sanieren.
- Informationskampagnen zur Bewusstseinsbildung betreffend das Benutzerverhalten.
- Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten.
- Förderung und Finanzierung von Wissenschaftsprojekten.
- Massnahmen einer Wirkungsanalyse unterziehen.

#### d) Verkehr

##### **Ziel**

Reduktion der verkehrsbedingten Schadstoff- und Lärmbelastung insbesondere entlang der Transitachsen, des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>Emissionen.

##### **Massnahmen**

- Förderung des öffentlichen Verkehrs und emissionsarmer Antriebstechniken im öffentlichen Verkehr.
- Förderung von Verkehrs- und/oder Tarifverbänden.
- Förderung des Langsamverkehrs.
- Förderung von Energie- und Umwelt-Etiketten für Personen- und Lieferwagen.
- Schaffung finanzieller Anreize zum Kauf energieeffizienter Fahrzeuge und Elektro-Fahrräder sowie Durchführung entsprechender Informationskampagnen.
- Emissionsabhängige Motorfahrzeugsteuern, sofern gleichwertige Alternativen zum motorisierten Individualverkehr bestehen.
- Informationskampagnen zur energieeffizienten Fahrweise.
- Schaffung von Mobilitätsberatungsstellen, die Unternehmen im Mobilitätsmanagement sowie Gemeinden und Städte im Verkehrsmanagement beraten.
- Optimierung des Fahrzeugbestands der öffentlichen Hand nach Umwelt- und Klimaschutzkriterien.
- Optimierung und umweltfreundliche Gestaltung des Tourismusverkehrs (An- und Abreise, Gepäcktransporte).
- Grösstmögliche Verlagerung des transalpinen Güter- und Personenverkehrs auf Verkehrsmittel, die weniger CO<sub>2</sub> erzeugen.
- Massnahmen einer Wirkungsanalyse unterziehen.

#### e) Wirtschaft

##### **Ziel**

Verbesserung der Energieeffizienz in der Wirtschaft.

##### **Massnahmen**

- Grossverbraucher von der Einhaltung energierechtlicher Einzelvorschriften befreien, wenn sie sich zur Erreichung von definierten Verbrauchszielen verpflichten.
- Verstärkung der Technologievermittlung.
- Wirkungsgradverbesserungen mit finanziellen Anreizen bei industriellen und gewerblichen Prozessen fördern.
- Regionale Produkte fördern.

- Touristikanlagen umwelt- und landschaftsverträglich sowie energieschonend ausbauen.
- Sanfte Tourismusangebote fördern.
- Massnahmen einer Wirkungsanalyse unterziehen.

#### f) Förderprogramme

##### *Ziel*

Schliessen von Lücken in der Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz.

##### *Massnahmen*

- Regionale Förderprogramme im Bereich Effizienz und erneuerbare Energien sollen komplementär zu bestehenden nationalen und internationalen Programmen sein.
- Schliessen von Lücken in der Förderung oder in der Informationsverbreitung über bestehende Fördermöglichkeiten.
- Unterstützung von kommunalen Energieplanungen, Energiestadt-Prozessen, kommunalen und regionalen Informationsveranstaltungen, Machbarkeitsstudien oder Wärmeverbänden.
- Massnahmen einer Wirkungsanalyse unterziehen.

#### g) Bildung

##### *Ziel*

Wissensvermittlung über Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

##### *Massnahmen*

- Integration von energie- und klimarelevantem Wissen in Volksschulen, höheren Schulen und Berufsausbildungen.
- Aufnahme der Themen Energie- und Materialeffizienz, erneuerbare Energien, Umwelt- und Klimaschutz als wichtige Bestandteile in die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften.
- Lancierung und Unterstützung von Wissensdatenbanken und Lehrmitteln.
- Massnahmen einer Wirkungsanalyse unterziehen.

## 6. Beitrag der Arge Alp

Die Arge Alp leistet mit folgenden Massnahmen einen Beitrag zur Umsetzung der genannten Zielsetzungen:

#### a) Plattform zum Erfahrungsaustausch und zur Kooperation

##### *Ziel*

Zusammenarbeit durch Austausch von energierelevanten Informationen fördern.

##### *Massnahme*

Schaffen einer Plattform (z.B. Konferenzen, Ausstellungen, Foren, Internetseite, Energiestammtische, Round Table, Energie Dialog, Erhebungen und Austausch von Daten zum Energieverbrauch etc.), welche fachliche Diskussionen zu den Kernthemen ermöglicht.

#### b) Arge Alp Energiepreis

##### *Ziel*

Herausragende Projekte, Personen und Organisationen würdigen, Zukunftstrends aufzeigen und für neue Vorhaben Impulse liefern.

##### *Massnahme*

Regelmässige Verleihung eines Arge Alp Energiepreises an Leuchtturmprojekte, die in alpenraumtypischen Gegebenheiten innovativ erneuerbare Energien nutzen oder Energieeffizienz optimieren.

### c) **Tourismus**

#### **Ziel**

Förderung eines energetisch und landschaftsverträglich zukunftsfähigen Tourismus, der den Alpenraum stärkt.

#### **Massnahmen**

- Label für Regionen oder Hotels, die sich im Energiebereich stark engagieren (entweder auf Basis eines vorhandenen Labels oder Schaffung eines eigenen Labels).
- Bereitstellen einer Plattform zur Reservation von solchen Hotels in Partnerschaft mit Tourismusverbänden

## **7. Forderungen an die nationalen Regierungen und die EU**

### a) **Globales Klimaregime**

Die Klimaänderung ist ein globales Umweltproblem, das nur international koordiniert gelöst werden kann. Die Arge Alp appelliert an die nationalen Regierungen und an die EU sich für ein starkes und glaubwürdiges globales Klimaregime einzusetzen.

### b) **2000-Watt-Gesellschaft**

Die Arge Alp appelliert an die nationalen Regierungen und die EU, die langfristigen Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft in ihre Programme aufzunehmen und zu verfolgen.

### c) **Versorgungssicherheit**

Um die Versorgungssicherheit innerhalb der Arge Alp zu gewährleisten, ist der grenzüberschreitende Austausch von Strom diskriminierungsfrei sicher zu stellen.

### d) **Wasserkraft**

Der Förderung der Wasserkraft als wichtigste erneuerbare Energie muss höchste Priorität eingeräumt werden. Die Arge Alp verlangt von den nationalen Regierungen und der EU ein klares Bekenntnis zur Förderung der Effizienz und des Ausbaus der Wasserkraft. Zudem fordert die Arge Alp, dass auch der Alpenraum aus der Ressource Wasser angemessenen Nutzen ziehen kann. Anstrengungen bei der Gewässersanierung sowie beim Landschafts- und Umweltschutz sind als Beitrag zur Daseinsvorsorge anzuerkennen.

### e) **Mobilität**

Die Arge Alp appelliert an die nationalen Regierungen und die EU, das Problem des Transitverkehrs unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes und der lokalen Auswirkungen anzugehen. Es müssen ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, den Transitgüterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Die Arge Alp verlangt daher von den nationalen Regierungen und der EU ein klares und starkes Bekenntnis zur Priorisierung der Bahn und der Verbesserungen des Bahnnetzes und –angebots. Weiter fordert die Arge Alp marktconforme und diskriminierungsfreie Regelungen für den Transitgüterverkehr und deren Harmonisierung für alle Alpenübergänge, um Umwegverkehr zu vermeiden.

### f) **Wirtschaftsverträglichkeit in der Energiepolitik**

Die Arge Alp verlangt eine Versorgungssicherheit mit genügend Energie zu angemessenen Preisen für die Wirtschaft im Alpenraum.

**g) Umweltverträglichkeit in der Energiepolitik**

Die Arge Alp fordert, dass die Nutzung umweltfreundlicher Energiegewinnungsmethoden in einem Gleichgewicht zur Biodiversität sowie zum Landschafts- und Naturschutz steht.

**h) Sozialverträglichkeit in der Energiepolitik**

Die Energiepolitik ist so auszugestalten, dass die Grundversorgung in allen Landesteilen zu den gleichen Bedingungen gewährleistet ist. Insbesondere sind in peripheren, dünn besiedelten Gebieten die Errichtung und Erhaltung der Leistungen zu gewährleisten und strukturelle Nachteile der Versorger zu berücksichtigen. Die Energiewirtschaft ist als regionales Entwicklungskonzept zu verstehen, das Teile der Wertschöpfung aus der Nutzung erneuerbarer Energien in der Region belässt, wo sie anfällt.

**i) Forschungsgelder**

Die Arge Alp fordert, dass wesentliche Teile der verfügbaren Forschungsgelder für Technologien zur Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energieträger eingesetzt werden.



ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER  
COMUNITÀ DI LAVORO REGIONI ALPINE

## Resolution der Mitgliedsländer der Arge Alp zur Informationsgesellschaft und Infrastrukturpolitik

verabschiedet von der 40. Regierungschefkonferenz der Arge Alp  
am 19. Juni 2009 in Flims

### 1. Ausgangslage

Die heutige Gesellschaft ist je länger je mehr von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) geprägt. IKT sind Querschnittstechnologien, die alle Wirtschaftssektoren und Lebensbereiche durchdringen und ein grosses Potenzial an technologischen Verbesserungen sowie Innovationen in sich bergen. Als Schlüsseltechnologien gehören sie zu den wichtigsten Impulsgebern für Innovationsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und die Entstehung neuer Arbeitsplätze. IKT verbessern die Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten der privaten Haushalte und ermöglichen so die aktive Teilnahme an der Mitgestaltung der Informationsgesellschaft. Dadurch werden positive Entwicklungen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft in kultureller Eigenständigkeit und Vielfalt bewirkt. Es wird erwartet, dass sich im Zeitraum von 2007 bis 2012 die Datenmengen um den Faktor sechs vergrössern werden<sup>1</sup>. Neue Technologien und Angebote (z.B. HDTV) sowie der Trend zu einem alles integrierenden Netz („Next Generation Network“) fordern mittelfristig immer höhere Übertragungsraten. Der Löwenanteil der künftigen verstärkten Nutzung wird durch private Haushaltungen verursacht. Damit der Anschluss zu weltweiten Daten- und Kommunikationsnetzen ermöglicht werden kann, ist eine Versorgung mit effizienten und qualitativ hochwertigen Infrastrukturen notwendig. Positive Effekte ergeben sich aus der Nutzung von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen<sup>2</sup>. Beispiele für leistungsfähige Infrastrukturen sind individuelle Glasfaseranschlüsse pro Haushalt oder ein Ausbau von Funknetzen (WiMAX und LTE).

### 2. Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien für den Alpenraum

#### Chancen

- Die Informationsgesellschaft birgt insbesondere im Alpenraum ein noch nicht ausgeschöpftes Potenzial zur Produktionssteigerung und Innovationskraft, zu wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung.
- IKT sind im Alpenraum von zentraler Bedeutung für die Überwindung von Distanzen und Topografien:
  - IKT bewirken Distanzunabhängigkeit, vermindern Standortnachteile des alpinen Wirtschaftsraums gegenüber den Agglomerationen und eröffnen ein Potenzial, um Zentralisierungstendenzen entgegenzuwirken.
  - IKT ermöglichen ortsunabhängige Arbeit, Dienstleistung und Bildung, wodurch Abwanderungstendenzen verringert und Neuansiedlungen erreicht werden können.

<sup>1</sup> CISCO Visual Networking Index, 2006, abrufbar unter: [www.cisco.com/en/US/netsol/ns827/networking\\_solutions\\_sub\\_solution.html](http://www.cisco.com/en/US/netsol/ns827/networking_solutions_sub_solution.html).

<sup>2</sup> Es existiert keine einheitliche Definition, was unter Breitband zu verstehen ist. Die OECD geht von einer Übertragungsrate von 256kB/s aus. Nach Expertenmeinung werden zurzeit Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 1 MB/s und darüber als Breitband angesehen, wobei „richtiges“ Breitband ca. 100 MB/s oder mehr an Übertragungsgeschwindigkeit aufweisen sollte.

#### *Risiken*

- In alpinen und peripheren Regionen werden neue Technologien oft verspätet eingeführt oder sind gar nicht verfügbar.
  - Aufgrund der geringen Bevölkerungs- und Unternehmensdichte im Alpenraum kann eine genügend grosse kritische Masse an Nachfragern fehlen, wodurch der Anreiz für die Anbieter von IKT-Infrastrukturdienstleistungen sinkt, in diesem Markt tätig zu werden.
  - Insbesondere im Alpenraum droht ein schleichender Abbau von IKT-Infrastrukturdienstleistungen, sofern die Effizienz der IKT nicht laufend verbessert wird und die Unternehmen ihre Strukturen nicht ständig der technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen anpassen.
- Eine unzureichende Gewährleistung der Breitbandanbindung führt zu einer kritischen Bewertung der Alpenregion als Wirtschafts- und Bildungsstandort sowie als Lebensraum.

### **3. Rahmenbedingungen in der Europäischen Union, den Mitgliedsländern der EU und der Schweiz**

#### *a) Vorhandene IKT-Infrastrukturen*

Die Breitbandabdeckung in den EU-Ländern und in der Schweiz hat in den letzten Jahren rasch zugenommen. Die Kluft zwischen den Ländern einerseits sowie zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichem Raum andererseits bleibt weiterhin bestehen. Im Jahr 2008 betrug die Breitbanddurchdringung in der EU durchschnittlich 21.3%. Für Deutschland ergibt sich ein Wert von 26.2%, für Österreich von 20.6% und für Italien von 18.3%. In der Schweiz beträgt die Breitbanddurchdringung 32.7%<sup>3</sup>.

#### *b) Rechtliche Verpflichtungen*

Die EU-Direktive zum Thema Universal Service verpflichtet die EU-Mitgliedsländer, im Bereich der Telekommunikation bestimmte Grundversorgungsleistungen zu erbringen. Diese werden von Telekommunikationsunternehmen erbracht und sollen allen Nutzern eine Mindestzahl an Diensten zu erschwinglichen Preisen, ohne Wettbewerbsverzerrung und unabhängig von ihrer geografischen Position gewährleisten. Breitbandanschlüsse sind nicht Bestandteil dieses Grundversorgungsauftrags. Weder Deutschland, Österreich noch Italien haben über die EU-Vorgaben hinaus weitergehende Minimalstandards definiert. In der Schweiz ist die Swisscom für die nächsten zehn Jahre als Konzessionärin für die Erbringung der Grundversorgungsdienste im Telekommunikationsbereich gemäss der eidgenössischen Verordnung über Fernmeldedienste verpflichtet. Zusätzlich zum analogen und ISDN-Anschluss umfasst der Grundversorgungsauftrag einen Breitbandanschluss mit einer Mindestübertragungsrate von 600/100 kbit/s und einer Preisobergrenze von 69 CHF.

#### *c) Strategien*

Unter der Strategie i2010 bündelt die EU alle Initiativen, Programme und Aktionen zur Förderung und Entwicklung von IKT am Arbeitsplatz und in privaten Haushalten. Die drei Hauptziele sind:

- Die Schaffung eines Europäischen Informationsraums.
- Die Förderung von Investitionen und Innovationen in IKT-Forschung.
- Die Schaffung einer Politik der Nicht-Ausgrenzung, eines besseren öffentlichen Diensts und einer höheren Lebensqualität.

Die Regierungen Deutschlands, Österreichs und Italiens verabschiedeten mehrere Strategiepapiere hinsichtlich nationaler IKT-Strategien und dem Ausbau von Breitbandinfrastruktur.

<sup>3</sup> OECD-Statistik, Breitbandanschlüsse per 100 Einwohner, Juni 2008, abrufbar unter: [www.oecd.org/dataoecd/21/35/39574709.xls](http://www.oecd.org/dataoecd/21/35/39574709.xls).

Die Strategie des Schweizer Bundesrats für eine Informationsgesellschaft strebt folgende Ziele an:

- IKT sollten rasch, koordiniert und zum Nutzen aller eingesetzt werden.
- IKT soll den Wohlstand in der Schweiz vermehren, die Nachhaltigkeit sichern und die Position der Wissensgesellschaft Schweiz verbessern.

#### *d) Fördermassnahmen*

Zur Stärkung der Regionen sind transnationale Projekte wertvolle Massnahmen. Mit Programmen wie „Interreg“ oder „Alpine Space“ sollen Ziele der Regionalpolitik wie die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Verbesserung der transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit erreicht und unterstützt werden. Das Interreg IV-Programm (2007-2013) setzt die Schwerpunkte auf die Förderung von Projekten zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, von Innovationen, der Standortqualität und des Ressourcenschutzes. Förderungswürdig sind dabei innovative Projekte, die Wissenstransfers ermöglichen, Netzwerke und Kooperationen schaffen und der Erhaltung und Verbesserung von Infrastruktur dienen. Ein prioritärer Bereich des Programms „Alpine Space“ ist der *Accessibility* und *Connectivity* für Bürger und Wirtschaft gewidmet mit den Schwerpunkten Mobilität und IKT-Unterstützung.

## **4. Erkenntnisse für die Informationsgesellschaft und Infrastrukturpolitik im Alpenraum**

### *a) IKT brauchen Bewusstsein*

Nur wenn die Vorteile von IKT in der Bevölkerung, den Unternehmen und den öffentlichen Verwaltungen erkannt werden, sind eine Steigerung des Nutzens und eine grössere Ausschöpfung der Potenziale zu erwarten.

### *b) IKT brauchen Infrastruktur*

Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur muss von der Politik auf verschiedenen Ebenen unterstützt werden, da eine geografische Segmentierung vorliegt. In grösseren Städten reguliert sich der Markt selbst, weil Investitionsanreize durch lohnende Business Cases und Skaleneffekte bestehen. In kleineren Städten und Dörfern muss die Politik regulierend durch flankierende Massnahmen wie Förderprogramme oder Public-Private-Partnership-Initiativen eingreifen und so eine marktstimulierende Wirkung ausüben. Die Entwicklung in den peripheren Regionen muss durch intelligente politische Massnahmen gestützt werden, um eine digitale Spaltung in versorgte und unversorgte bzw. unterversorgte Gebiete zu verhindern.

### *c) IKT brauchen Informationskompetenz*

Erfolgreiche Breitbandstrategien benötigen nicht nur Infrastrukturen sondern auch qualifiziertes Personal und Know-how. Insbesondere KMU sind oft mit neuen Technologien überfordert und auf professionelle Schulungsangebote angewiesen. Projekte zur Förderung der IKT-Nutzung und zur Schulung von Informationskompetenzen verlaufen günstig, wenn die Nachfrage das Angebot bestimmt und sie sich an die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung anpassen. Im Alpenraum angesiedelte Hochschulen sind dann erfolgreich, wenn sie speziell für die alpinen Bedingungen und Bedürfnisse zugeschnittene Ausbildungen anbieten.

Unternehmen und Gebietskörperschaften profitieren bei der Zusammenarbeit mit Hochschulen davon, dass sie neben der technischen und methodischen Unterstützung auf sachbezogenes und aktuelles Wissen aus der Forschung zurückgreifen können und professionelle Unterstützung und Schulungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen können.

**d) IKT vermindern Standortnachteile und verringern Abwanderungstendenzen**

Auf der Basis von Technologien der IKT können neue Arbeitsplätze geschaffen und Standortnachteile der alpinen Regionen ausgeglichen werden. Die Mittel der IKT bieten Grundlagen, um neue Unternehmen im alpinen Raum anzusiedeln und die Abwanderungstendenzen zu verringern. Attraktive Ausbildungsangebote und Arbeitsplätze bilden die Basis für gut qualifizierte Mitarbeiter, die für die Wirtschaftsförderung der alpinen Regionen einen zentralen Faktor darstellen.

**e) IKT ermöglichen E-Commerce-Plattformen**

E-Commerce-Plattformen bieten neue Möglichkeiten, Produkte und Dienstleistungen über einen ortsunabhängigen Absatzkanal zu vermarkten oder neue Angebote und Dienstleistungen zu generieren. Unternehmungen, welche IKT-gestützte Kommunikations- und Absatzkanäle nicht nutzen, müssen mit erheblichen Wettbewerbsnachteilen rechnen.

IKT tragen besonders dann zum Unternehmenserfolg bei, wenn sie die in der Region vorhandene Wirtschaftsstruktur durch zusätzliche unternehmensbezogene Dienstleistungen unterstützen und sich in die bestehenden Clusterstrukturen integrieren.

**f) IKT fördern Tourismus**

Telekommunikationsdienstleistungen gehören immer mehr zum Standardangebot für die touristische Nutzung. Internetgestützte Produkte stossen auf grossen Anklang und sind wichtige Erfolgs- und Differenzierungsfaktoren für das Marketing touristischer Destinationen.

## 5. Empfehlungen an die Mitgliedsländer der Arge Alp

Zur Überwindung von Raum und Topografie in der Informationsgesellschaft sind IKT-Infrastrukturen von zentraler Bedeutung für den Alpenraum. Die Arge Alp empfiehlt ihren Mitgliedsländern, folgende Ziele aufzunehmen und nachfolgende Massnahmen durchzuführen:

**Ziel**

IKT-Bewusstsein in der Bevölkerung, den Unternehmen und der Verwaltung stärken.

**Massnahmen**

- IKT politisch hoch priorisieren.
- Gesetze und Massnahmen überprüfen, ob sie im Einklang mit den nationalen und europäischen IKT-Strategien stehen.
- Statistische IKT-Daten institutionalisiert und periodisch erheben.
- Laufendes Monitoring der Entwicklung im IKT-Bereich.
- Benchmarking der IKT-Situationen.
- Übersichtliche Informationen zum Thema IKT sicherstellen.
- Zentrale Stellen für die Koordination der Aktivitäten im IKT-Bereich und für Anfragen von Bevölkerung und KMU zur IKT-Sicherheit einrichten.
- Mit Informationskampagnen den grossen Beiträgen der IKT für Produktivität und Wirtschaftswachstum bewusst machen, Vertrauen in die IKT-Systeme wecken und gleichzeitig auf Risiken hinweisen.
- Aufzeigen von Nutzen und Möglichkeiten für Private und Unternehmungen von IKT- und E-Diensten mittels Best Practices.

**Ziel**

Den Alpenraum als IKT-Standort stärken.

**Massnahmen**

- Entwicklung oder Aktualisierung einer Strategie zur IKT-Förderung, insbesondere auch zur Sicherstellung der erforderlichen IKT-Infrastrukturen.
- Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf Hochschulebene mit Kompetenzen im IKT-Bereich fördern.
- Nutzung des Know-hows von Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf Hochschulebene mit Programmen zur Kooperation zwischen Gebietskörperschaften, Unternehmungen und Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf Hochschulebene fördern.
- Wirtschaftliche Nutzung von Forschungsergebnissen durch Unterstützung von Unternehmensgründungen von Hochschulangehörigen fördern.
- Kompetenzzentren und Beratungsstellen aufbauen, die KMU und Tourismusregionen in Fragen der Nutzung der IKT-Infrastrukturen und des Aufbaus von IKT-gestützten Plattformen insbesondere zur Vermarktung von Produkten über E-Commerce unterstützen.
- Unternehmensnetzwerke im Sinne virtueller Organisationen zur Erreichung der kritischen Masse bezüglich Know-how und Ressourcen (Forschung und Entwicklung, Produktion, Distribution) fördern.
- Berufsbegleitende Weiterbildung für IKT-Spezialisten und IKT-spezifische Weiterbildung älterer Arbeitnehmer fördern.
- Vermittlung von betriebswirtschaftlichem Wissen und Sprachkenntnissen an IKT-Spezialisten und Technikstudierende fördern.
- Das Bewusstsein für Telearbeit in KMU fördern und technische, arbeitsorganisatorische sowie persönliche Kompetenzen vermitteln.

**Ziel**

E-Government, E-Health und E-Learning stärken.

**Massnahmen**

- Schaffung von barrierefreiem Zugang für alle.
- Förderung von E-Government-Portalen für Bürgerinnen und Bürger sowie KMU.
- Gemeinden und Städte zur Ausdehnung von E-Government ermuntern.
- Erforschung der Möglichkeiten und Grenzen einer E-Partizipation auf den verschiedenen politischen Ebenen.
- Schaffung von IKT-Tools zur Unterstützung der direktdemokratischen Prozesse.
- Förderung des Einsatzes von IKT bei Datenerfassungs- und Kommunikationsleistungen im Gesundheitswesen.
- Aufbau eines elektronischen Patientendossiers und eines Gesundheitsportals mit qualitätsgesicherten Online-Informationen und Zugang zum eigenen Patientendossier.
- IKT-Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften fördern.
- Vermittlung von IKT-Kenntnissen und IKT-Kompetenzen in Aus- und Weiterbildung fördern.
- Einsatz von IKT-gestützten Lehr- und Lernmedien in Aus- und Weiterbildung fördern.
- IKT-Einsteigerkurse fördern.

## 6. Beitrag der Arge Alp

Die Arge Alp leistet mit folgenden Massnahmen einen Beitrag zur Umsetzung der genannten Ziele:

### **Ziel**

Die verfügbaren Ressourcen im Bildungs- und Forschungsbereich bündeln.

### **Massnahme**

- Grenzüberschreitende Kooperation verstärken und eine Plattform (z.B. Konferenz, Foren, Round Table, IKT-Dialog, IKT-Stammtisch) schaffen, die fachliche IKT-Diskussionen ermöglicht.

## 7. Forderungen an die nationale Regierungen und die EU

### a) Integrative Informationsgesellschaft

Die Arge Alp fordert die Nationalstaaten und die EU auf, sich für die Integration aller in die Informationsgesellschaft einzusetzen.

### b) IKT-Standort Alpenraum absichern

Die Arge Alp fordert die Nationalstaaten und die EU auf, im Alpenraum eine adäquate, flächendeckende, sichere und im Vergleich zu den städtischen Agglomerationen wettbewerbsfähige IKT-Grundversorgung zu sichern

### c) Infrastrukturen im Alpenraum ausbauen

Die Arge Alp appelliert an die Nationalstaaten und die EU, angesichts des rasanten Wachstums der verfügbaren und notwendigen Bandbreiten der Fest- und Mobilfunknetze, der weiteren Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte sowie des besonders grossen Nutzens für den Alpenraum die IKT-Infrastrukturen im alpinen und peripheren Gebiet frühzeitig, flächendeckend, nachhaltig und sicher auszubauen.

### d) Informationskompetenz

Die Arge Alp fordert die Nationalstaaten und die EU auf, sich für eine breitangelegte Einbindung der neuen Medien auf allen Bildungsstufen in allen Landesteilen einzusetzen und anwendungsorientierte Kooperationen zwischen Unternehmen und regionalen Hochschulen im Alpenraum zu fördern.

### e) Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft

Die Arge Alp appelliert an die Nationalstaaten und die EU, ihre Bestrebungen zur Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft in den Bereichen E-Government, E-Health und E-Learning voranzutreiben und sich dabei insbesondere für einen chancengleichen Zugang der Bewohnerinnen und Bewohner aller Landesteile einzusetzen.